

Saale-Beitung.

Lebendvierziger Jahrgang.

Einzelgen

werden die 6 getheilte Posten...
oder deren Name mit 30 Pf.,
auswärts 1 Mk.

Ercheint täglich zweimal
Sonntags und Montags einmal

Schreibleitung und Druck-Gesellschaft:
Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Verlags-Gesellschaft: Markt 24.

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich drei Wochen...
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.

Der unentgeltlich eingehende Briefkasten
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe
„Saale-Beitung“ gestattet.

Verleger: der Redaktion Nr. 1140;
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176;
der Annoncen-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 409.

Halle, Dienstag, den 2. September

1913.

Die Neuregelung der Postbeamten-Besoldung.

L. C. Bei der allgemeinen Besoldungsregulierung im Jahre 1909 entstanden im Reichstage bekanntlich große Kämpfe wegen der Festsetzung der Gehälter der Postämter und der Postassistenten (Oberpostassistenten, Postverwalter und Assistenten). Der Reichstag hatte für die Unterbeamten 1900 Mark Höchstgehalt und für die Assistentenklasse den Höchstlohn von 3600 Mark vorgelesen. Kamentslich gegen diese letztere Forderung erklärte sich die Regierung und insbesondere auch der Staatssekretär des Reichspostamts. Seiten hat sich ein Restriktion so ablehnend gegenüber den einmütigen Forderungen der Volksvertretung verhalten, wie Herr Käthe. Diese auffällige Erscheinung konnte man noch bei späteren Gelegenheiten häufiger beobachten. Der Unterschied zwischen Postverwaltung und Eisenbahnverwaltung tritt hier klar hervor. Während der Leiter der Reichspostverwaltung immer erst zu Verbesserungen der Lage des mittleren und unteren Personals durch den Reichstag gezwungen werden mußte, ergriß Herr v. Breitenbach fast immer die Initiative. Er hat oft genug ein weitergehendes soziales Rechtsfindnis gezeigt.

Bei der zweiten Lösung der Besoldungsvorlage im Jahre 1909 handelte der Reichstag trotz des Unannehmbar des Reichspostsekretärs noch geschloßen auf den Kompromißentwürfen 1800 und 3600 Mark. Bei der dritten Lösung fielen die Parteien mit Ausnahme der Fortschrittler um, und die Höchstlöhne 1700 Mark für Schaffner und 3300 Mark für Assistenten kamen zur Annahme. Damit erhielten die Postbeamten die geringste Aufbesserung von allen Beamten im Reiche und im Staate. Sie betrug für die beiden großen Klassen der unteren und der mittleren Beamten im Höchstfalle 200 und 300 Mark.

Die Unzufriedenheit innerhalb der Postbeamtenenschaft wuchs infolgedessen stark an. Auch mit den drakonischen Mitteln, die man anwandte — Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Vorsitzenden des Verbandes der mittleren Postbeamten, den Oberpostassistenten Jollisch z. — konnte man die Unzufriedenheit nicht beizugehen. Die berechtigste Erregung der Postbeamten richtete sich besonders auch gegen die Zentrumsparthei.

Diese hatte wieder einmal ihre Versprechungen nicht gehalten. Vor allem war es der Abg. Erberger, der durch einen Artikel im „Tag“ den Umfall der Zentrumsparthei vorbereitete und die Regierung in ihrer ablehnenden Haltung unterstützte. Hinzu kam die brisante Behandlung des Zentrumsabgeordneten Postsekretärs Samecher, des früheren Vorsitzenden des Postbeamtenverbandes. Gegenüber der berechtigten Entrüstung der Postbeamten sah sich aber die Zentrumsparthei fastlich doch genötigt, einzuschwenken; weß sie doch ganz genau, daß namentlich in den westlichen Gegenden nicht die mittleren Postbeamten leider noch wichtige Träger ihrer Parteiorganisation sind. Das Zentrum versprach, sich für die Forderung der Postbeamten einzusetzen zu wollen.

Die Jahre 1910 und 1911 unternommen Bemühungen der Reichstagsabgeordneten waren vergebens; die Regierung erklärte, unter allen Umständen an der bestehenden Besoldungsordnung festhalten zu wollen. Der Direktor im Reichspostamt Granzow sprach sich namentlich gegen die Erhöhung der Assistentengehälter aus.

Im laufenden Jahre gelangen wiederum die Anträge der Parteien zur Annahme. Der Bundesrat würde sich wahrscheinlich auch jetzt noch ablehnend verhalten haben, wenn man nicht ein Entgegenkommen angeflößt der Herrscherin für notwendig gehalten hätte.

Der Reichstag des Reichstages kam einmütig zustande. Die Initiative ging aber von den liberalen Parteien aus; der betreffende Antrag führte die Ueberschrift: „Hüblich (nationalliberal und fortschrittliche Volkspartei).“

Ohne Zweifel war den Postbeamten bei der Regulierung von 1909 unrecht geschehen. Es galt ja als offenes Geheimnis, daß gegen die straffe, mütergültige Organisation der mittleren Postbeamten ein Schlag geführt werden sollte. Das war der Hauptgrund des damaligen Widerstandes der Reichsregierung. Vielesicht geht man nicht fehl, wenn man annimmt, daß die gegenwärtige Zusammenfassung des Reichstages auch in der Haltung der verbündeten Regierungen zur Postbeamtenbesoldung einen Wandel herbeigeführt hat.

Die fortschrittliche Volkspartei kann für sich wohl das Hauptverdienst für das Zustandekommen der inzwischen veröffentlichten Neuregelung in Anspruch nehmen. Sie hat im Gegenzug zu den anderen Parteien schon 1900 und dann in der Folgezeit ihrer Standpunkt unverändert vertreten. Seit 1912 hat sich namentlich der Abg. S u d r i d s Oberkarnin die allergrößte Mühe gegeben, den Wünschen der Postbeamten die Erfüllung zu bringen. Die Postbeamten sind deshalb, wie wir von verschiedenen maßgebenden Stellen

derselben hören, gerade ihm und der fortschrittlichen Volkspartei für ihre Tätigkeit zugunsten der Postbeamten besonders dankbar.

Allgemeiner Deutscher Innungs- und Handwerker-tag.

(Unber. Nachdr. verb.) S. u. H. Braunschweig, 1. Sept.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Behörden trat heute im „Wilhelmshafen“ unter dem Vorsitz des Hofkunstschlossermeyers P a u l a r c u s (Berlin) der Jahrestag von Handwerksmeistern aus ganz Deutschland beauftragte Allgemeine Deutsche Innungs- und Handwerker-tag zusammen. — Als Ehrengäste sind u. a. anwesend von der braunschweigischen Staatsregierung Regierungsrat Schults, vom Magistrat der Stadt Braunschweig Stadtrat Wagner und von der hildesheimischen Bauverwaltung Bauart Oberholz, ferner der Vorsitzende des Handwerks- und Gewerbeamtes Hermannsmitglied Ehrenschmiedemeister P a t e (Hannover), vom Reichshauptmannschaftsamt Generalsekretär Jährenbach, ferner sind vertreten die Handwerkskammer zu Braunschweig sowie verschiedene Vereine und Verbände. Generalsekretär Syndikus Dr. Müffelmann (Berlin) erstattete den Jahresbericht über die verfloßenen drei letzten Jahre.

Godann sprach an Stelle des verhinderten Obermeisters Nahardt (Berlin) Bäderobermeister Schmitt über die Abänderungen der Gewerbeordnung, wie sie aus den Besprechungen der Handwerkervertreter mit den Vertretern der Reichsregierung hervorgegangen sind. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt sind, meint der Referent, könne das Handwerk doch mit dem Reichstage zufrieden sein. Verlangen müssen wir von den bürgerlichen Parteien, obwohl wir keine Politik treiben wollen, daß sie mehr als bisher ihr Wohlwollen für das Handwerk betätigen und ihre Sympathien für dasselbe in die Tat umsetzen. (Zustimmung.) Wir dürfen es uns nicht gefallen lassen, daß man bei den Landtagswahlen unsere besten Männer zur Strecke bringt.

Hierauf sprach Landesobermeister Feder (Berlin) über den Ausbau der deutschen Handwerker-Organisation. Der Vortragende ist der Ansicht, daß die deutsche Handwerker-Organisation gut ausgebaut ist und die Sozialdemokratie habe es auch logisch mit der Angst bekommen, sobald sie bemerkt habe, daß das Handwerk wieder zu erstarren beginnt. Ihrem Verger gibt sie auch durch den Artikel „Abgefallene Zünftler“ im „Vorwärts“ Ausbruch. (Heiterkeit.) Der Wert der Zwangsinnungen wird mehr und mehr anerkannt, sogar in Süddeutschland. Seit dem 1. Januar d. J. seien Württemberg und die Pfalz dem Innungsverband beigetreten. (Lebhaftes Bravo!) Die Organisation des Handwerks muß bedeutend ausgebaut werden, wenn etwas erreicht werden soll.

Das nächste Referat erstattete Tischlerobermeister Knieß (Cassel) über den

Geräuschparagrafen.

Er legte folgende Resolution vor:

„Der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerker-tag zu Braunschweig erkläre in der Anwendung des sogenannten Geräuschparagrafen seitens der zuständigen Behörden eine schwere Schädigung des Handwerkes, durch welche vielfach die Gewerbetreibenden in ihrer Existenz bedroht werden, eine Folge, die unmöglich der Zweck bei dem Erlass der gesetzlichen Bestimmung gewesen sein kann. Der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerker-tag erwartet die weitgehendste Berücksichtigung der für das Handwerk notwendigen Arbeitsbedingungen und fordert insbesondere bei gerichtlichen Entscheidungen die Veranziehung von Männern der Praxis.“

Hierauf referierte Tischlermeister Jaroski (Berlin) über den Schutz des Geisteslebens.

Weiter referierte Auszubereiteter Zinzerer (Berlin) über das Thema: Die Auszubereitete der Frau im Handwerk.“ Er legte dem deutschen Innungs- und Handwerker-tag folgende Entschließung vor: „Der am 1. September 1913 in Braunschweig tagende Deutsche Innungs- und Handwerker-tag beauftragt den Vorstand, bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig zu werden, daß die Ausbildung weiblicher Lehrlinge im Handwerk einseitig auf drei Jahre festgelegt wird. Der Deutsche Innungs- und Handwerker-tag hält ferner die Bestimmung derjenigen Kammern, welche für weibliche Personen, die das betreffende Handwerk nur zum Hausgebrauch oder zur Verwendung als Hilfe erlernen wollen, ein Lehrzeit bis zu sechs Monaten gestatten, für ungeeignet, da die Kammern nicht in der Lage sind, die so ausgebildeten weiblichen Personen zu übernehmen und auch nicht verhindern können, daß sie unmittelbar nach Beendigung dieser mehr als dürftigen Ausbildung sich selbständig machen. Die Bestimmung dient nur dazu, die bestimmungsmäßige Lehrzeit in den meisten Fällen zu hinterziehen und die Gewerbeordnung zu umgehen.“ Der Deutsche Innungs- und Handwerker-tag erucht den Vorstand, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um diese Verfügung wieder aufzuheben. Ueber die erstatteten fünf Referate entspann sich eine sehr lebhafte Diskussion.

Es werden die sämtlichen Resolutionen samt dem Zusatzantrag, daß die Aufhebung des § 100q der G.-D. gefordert werde, dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiehen.

Godann referierte Tischlerobermeister K a h a r d t (Berlin) über das Thema:

Submissionswesen.

Er führte u. a. aus: Nachdem ich auf dem Handwerkers-Tag in Braunschweig am 1. Sept. über das Submissionswesen gesprochen habe, erstreckten in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ kurz hintereinander zwei Artikel, die sich ebenfalls mit dem Submissionswesen beschäftigten und in denen ich zwar nicht genannt wurde, in denen aber doch deutlich auf mich hingewiesen wurde und worin behauptet war, daß meine Ausführungen zu weit gegangen seien. Ich bin daher genötigt, heute den Beweis für meine Behauptungen zu erbringen. Der Redner verliest nun zunächst den Erlaß des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach an die nachgeordneten Stellen über das Submissionswesen und führt dann aus, daß die untergeordneten Stellen sich durchaus nicht nach diesem Erlaß richteten. Im Gegenteil; es würden keine Sachverständigen bei Submissionen zugezogen, das Mindestgebot lief nach wie vor für den Zuschlag ausfallend, die größeren Lose würden nicht nach den einzelnen Handwerksbetriebern getrennt und die Ausschreibungen häufig an Generalfirmen vergeben unter Umgehung der Handwerksbetriebe. Der Redner bringt hierfür zahlreiche Beispiele vor, u. a. aus Saarbrücken, Gleiwitz, Halberstadt, Sommerfeld, Sagan, Küstrin, Schleswig, Völklingen, Wanne, Sagen, a. M., Bromberg, Soest und Danzig. (Die Beispiele werden von der Versammlung mit lauten Hörs! Hörs!-Rufen aufgenommen.) Der Vortragende fügte diesen Beispielen weiter hinzu: Wenn sich die nachgeordneten Stellen in der Praxis nicht nach der Verfügung des Ministers richteten, so wird dadurch direkt Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie geliefert. (Sehr richtig!) Wir müssen deswegen in unserem eigenen Interesse selbst dagegen vorgehen, wenn auch einzelnen Handwerkern daraus Unbequemlichkeiten erwachsen, daß die Behörden in miffohenhafter Empfindlichkeit den Kopf in den Sand stecken und Vogel Strauß-Politik treiben. (Sehr richtig.) Die Dinge können geradezu zum Himmel gehn, wenn in aller Offenlichkeit darauf aufmerksam gemacht wird, daß das Handwerk die Verantwortung für die Folgen ablehnen muß.

Wir haben 30 Jahre lang gebeten

und haben jetzt vom Minister sogar Recht bekommen. Kein vernünftiger Mensch kann bestreiten, daß wir mit unserer Forderung „für ehrliche Arbeit ehrlichen Lohn!“ auf dem rechten Wege sind. Es ist doch gewiß alles Mögliche, wenn wir unter Umständen zum Selbstlohnpreis arbeiten wollen. Dieser Selbstlohnpreis muß aber durch Submissionen festgestellt werden. Was soll man aber dazu sagen, wenn der Handwerkskammer-Stein heillosweise verlohren ist, ein solches Submissionswesen zu ertischen, weil man darin eine Kontrolle der Regierung erblickt. (Hör! Hör!) Die Regierung scheint gar nicht zu wissen, wozu die Handwerkskammern eigentlich da sind. (Sehr wahr!) Eine derartige Zumutung würde keine Regierung dem

Bund der Landwirte

stellen oder der Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Den letzteren steht auf Grund der Gewerbeordnung sogar ein so weitgehendes Koalitionsrecht zu, daß das Streikpolizeirecht für erlaubt erklärt wird. Nach meiner Ansicht kommen wir auf dem Verordnungswege nicht vorwärts, da kein Beamter auf Grund unserer Verfügungen bestraft wird. Wir müssen daher gesetzliche Regelungen fordern, um zumberhandelnde Beamte aus dem Disziplinarbereich belangen zu können. Alle unsere Bemühungen werden aber nichts nützen, wenn wir den Ministern nicht die Forderung als leuchtendes Beispiel voranstellen können. Das System der Zuschlagserteilung an Mindestforderungen bedeutet nichts weiter als Auspökelung derjenigen Gesellschaftsklassen, auf die sich Staat und Gesellschaftsordnung nicht stützen können. (Sehr richtig), es bedeutet nichts weiter als eine Auslieferung des Handwerks an die Sozialdemokratie. (Sehr wahr!)

Die gesetzliche Regelung des Waffenhandels.

Aufstellung einer zuverlässigen Statistik.

Die von der Reichsregierung geplante gesetzliche Regelung des Waffenhandels hat den an der Frage interessierten Gruppen der Waffenindustrie und des Waffenhandels Veranlassung gegeben, sich in einer Kommission betr. die gesetzliche Regelung des Waffenhandels als einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Diese Kommission trat unter dem Vorsitz des Verbandes Thüringischer Industrieller am Donnerstag in E i e n a c h zu einer ersten Sitzung zusammen; offizielle Vertreter der Handelskammer Erfurt und Gotha nahmen an den Beratungen teil. Die Herren Dr. Othermann (Weimar), Kreuz (Neudamm), v. Ragow (Barmen) und Sieg (Mehlis) referierten über die Vorschläge der geplanten Regelung und die bislang als von der Reichsregierung beschloßen bekannt gewordenen Maßnahmen. In der mehrstündigen Beratung kam die einmütige Auffassung zum Ausdruck, daß Waffenhandel und -Industrie herab zu bringen der Regierung auf allen Wegen, die eine Verbesserung oder Beseitigung wirklich bestehender Mißstände verbürgen, zu folgen. Dabei trat in den Kreisen des Waffenhandels der starke Willeutage, auch aus sich selbst heraus mit allen Mitteln zur Unterdrückung des unregelmäßigen Waffenhandels beizutragen. Scharfe Ablehnung dagegen erfuhren alle diejenigen Maßnahmen, die den realen Waffenhandel zwar beseitigen würden, ohne daß sie zu einer wirksamen Ver-

Kämpfung bestehender Mängel die geringste Aussicht bieten. Die Beratungen ergaben die Aufstellung einer Reihe brauchbarer Vor schläge, deren nähere Bearbeitung einem engeren Arbeitsausschuß übertragen wurde. Als unerlässliche Grundlage für ein Eingreifen der Gesetzgebung wurde die Aufstellung einer zuverlässigen Statistik bezeichnet. Die Kommission beschloß, ein entsprechendes Ersuchen an das Reichsamt des Innern zu richten und ihm für den Anfang der statistischen Erhebungen bestimmte Vorschriften zu unterbreiten.

Der 2. September.

Ein Wort zum Geburtstag.

Es ist nicht deutsche Art, einen Tag wie den heutigen lediglich in lauter, äußerlicher Freude zu begehen. Deutsche Art ist es, an einem solchen Tage ernste Entfaltung zu halten, den Blick in die Vergangenheit und in die Zukunft zu richten und eingebend des Wortes zu sein: „Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“

Seidem wir das letzte Mal den Jahrestag der Schlacht von Sedan festlich begangen, liegt ein ereignisreiches schicksalsschweres Jahr hinter uns. Ein überaus blutiger, grauer Krieg hat den Südosten Europas zertrübt und blühende Dörfer und Städte, ganze Landschaften in Schutt und Asche verandert. Gar oft stand der Ausdruck des Weltkrieges auf des Messers Schneide.

Der Krieg ist beendet; die Friedensglocken läuten. Wie lange wird es dauern? Die Worte des Bulgarenkönigs an sein Heer lassen darüber keinen Zweifel: Solange, bis sich Bulgarien erholt hat und sich stark genug fühlt, um blutige Vergeltung zu üben an seinen ehemaligen Verbündeten.

Da heißt es für uns, stets das Kaiser töden und das Schwert scharf halten, um jeder Eventualität ruhig ins Auge blicken zu können. Denn nicht immer wird es gelingen, den europäischen Krieg zu verhindern, wenn wieder einmal am Balkan oder sonst in der Welt die Flammen aufsteigen. Die sogenannte Einigkeit der Großmächte besteht lediglich auf dem Papier. Tatsächlich stehen sie sich dank des russisch-österreichischen Gegensatzes und dank der französischen Revanchegedanken gegen Deutschland in zwei getrennten Heerlagern gegenüber. Wer darüber noch im Zweifel war und sich hätte hienieden lassen durch die so oft beicnte Einigkeit der Großmächte während des Balkankrieges, den wird die Tragikodie der europäischen Flotten demonstration gegen Nikita gewollt die Augen geöffnet haben. Nikita kannte sehr wohl die „Einigkeit“ Europas und wußte, daß er nichts risikiert, wenn er auf die Eroberung Stutarts bestand.

Nach eine andere Wahrheit, die man von gewisser Seite gern verbunten möchte, hat der Balkankrieg mit brutaler Rücksichtslosigkeit wieder in das helle Licht des Tages gerückt: Nicht mit papierenen Notizen, nicht mit der Feder, sondern mit Blut und Eisen werden Kriege eingeleitet, verhindert und entschieden. Leicht werfen nationaler Egoismus oder Rassenhaß die höchsten „vernunftgründe“ gegen einen Krieg über den Haufen. Man mag die Türkei hundemal beweisen, daß es in ihrem eigenen „wohlverstandenen“ Interesse liege, wenn sie auf Adrianopel verzichte. Sie wird hundemal die Beweise zurückweisen und auf dem Befehl ihrer alten Sultanstube bestehen. Die so schwer geführte Türkei braucht einen moralischen Halt, um sich wieder aufzurichten. Und diesen Halt gibt ihr der Befehl Adrianopels. Daran werden alle paperenen Notizen nichts ändern.

Angesichts der Tatkaten des letzten Jahres oder der letzten Jahre wird es wie blutiger Hohn, wenn es jetzt die Schwärmer für den ewigen Weltfrieden im Haag fertig bringen, einen glänzenden, pompösen Friedenspakt zu erziehen. Wenn „preifend mit viel schönen Reden“ Herr Carnegie der staunenden Weltwelt, die sich nach ein offenes Auge für die Realitäten des Lebens bewahrt hat, verkündet, daß der Friedensgedanke stärker sei als je, daß es nur einer Einladung des Deutschen Kaisers bedürfe, um ein für allemal die Kriege zu vermeiden und den ewigen Weltfrieden festzusetzen. Wenn Herr Carnegie weiter den Deutschen Kaiser als den Friedensstifter gefeiert hat, dessen Hände rein von Blut seien, so hat er damit zweifellos recht. Wenn er aber seinen Gedankengang zu Ende gebracht hätte, so hätte er sich sagen müssen, daß er mit seiner Feststellung eigentlich seine und seiner Genossen Ideen selbst ad absurdum geführt hat. Wohl ist der Kaiser ein Friedensstifter — das hat er oft, vielleicht oft zu beweisen — aber ein Friedensstifter von anderer Art, als ihn sich die Friedensschwärmer im allgemeinen vorstellen. Von Abklärung will Wilhelm II., der Schöpfer der deutschen Kriegsmarine, der Soldatentailer, sicherlich nichts wissen. Si vis pacem, para bellum! Die Wahrheit dieses Wortes hat der Kaiser voll erkannt. Wollte er, wollte das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit anders denken, dann würde das den politischen Selbstmord für Deutschland bedeuten.

Daß diese Gefahr für absehbare Zeit nicht zu fürchten ist, hat ja erst kürzlich die einmütige Dberwältigung des ganzen deutschen Volkes bei der großen Heeresvorlage glänzend bewiesen.

So steht Deutschland da in „schimmernder Wehr“, stärker als je, gerüstet gegen eine Welt von Feinden, bereit, jedem, der ihm zuzuhört, ein neues Sedan zu bereiten.

W. P.

Deutsches Reich.

Radiumkäufe durch den Staat.

Die lebhafteste Nachfrage von Ärzten und Patienten nach den radiumhaltigen Substanzen zur Behandlung der Krebskrankheit hat das preussische Kultusministerium nun schon vor einiger Zeit veranlaßt, auf Wunsch der Universitätskliniken zu Berlin, Halle und Kiel diesen größeren Bedarfsmittel zur Beschaffung von Radium oder Mesothorium zu bewilligen. Nachdem inzwischen die glänzenden Erfolge der Strahlenbehand-

lung bei Frauenkrankheiten bekannt geworden, wro das Ministerium von allen Seiten mit Anträgen auf Radiumbewilligung bedrängt. Im diesem Antrage gerecht zu werden, hat das Ministerium sich, wie verlautet, entschlossen, 800 000 Mark zu Aufkäufen von Radium und Mesothorium in den nächstjährigen Etat einzustellen. Damit hofft man, die bringendsten Wünsche befriedigen zu können.

Auch die großen Städte beeilen sich, für ihre Krankenhäuser Radium anzukaufen. Der Berliner Magistrat hat 20 000 Mk. für das Rudolf Virchow-Krankenhaus zur leihweisen Beschaffung von Mesothorium bewilligt. Er hat sich nicht auf kostspielige Experimente eingelassen, sämtliche städtische Heilanstalten mit Mesothorium zu versorgen, weil dies angeht die horrenden Summen, die dafür angelegt werden müßten, eine sehr erhebliche und unnötige Belastung des Etats bedeuten würde. Das Virchow-Krankenhaus ist deshalb für die Heilzwecke mit Mesothoriumbestrahlung versehen worden, weil es die einzige städtische Heilanstalt ist, die eine Spezialabteilung für kranke Frauen hat. Allein die Beschaffung der radiumhaltigen Substanzen ist leichter befriedigt, als ausgeführt, denn zurzeit ist kein besten Willens nirgends auch nur ein Milligramm Radium oder Mesothorium aufzutreiben, weil von den Glühlichtfabriken die ganze Jahresproduktion schon im voraus verkauft ist und es noch längere Zeit dauern wird, bis wieder Mesothorium erhältlich sein wird.

Ein Märchen des „Vorwärts“.

Der Herzog von Cumberland und sein Verzicht auf Hannover.

W. Berlin, 1. Septbr. (Telegr.) Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 29. August eine Zuschrift aus Braunshweig, in der mitgeteilt wurde: Aus weltlicher Quelle, die gute Beziehungen zum Gmundener Hofe unterhält, wissen wir, daß noch kurz vor der Trauung Wilhelm II., um dem Bundesrat die Schwelung leichter zu machen, den Herzog von Cumberland zum öffentlichen Verzicht auf Hannover zu bewegen versuchte. Als Gegenleistung wurde dem Cumberland der Generalsrang und die Uniform der Gardebrigade angeboten. Dennoch lehnte er ab und drohte, mit seinem Sohne unter Sinterlösung der roten Husarenjacks nach Gmunden zurückzukehren. Es kam zwar nicht zum Brauch; die Kaiserin vermittelte; aber die Spannung zwischen Berlin und Gmunden ist seit jener Zeit noch nicht behoben.

Die „Nordd. Wl. Stg.“ stellt demgegenüber fest, daß an diesen Angaben kein wahres Wort ist.

Wie die Großgrazier über den Bauernstand denken, zeigt der frühere Landtagsabgeordnete Dr. Schopp in einem Artikel der „Breslauer Zeitung“. Er zitiert Herrn v. Bangeheim, der 1909 sagte: „Die landwirtschaftliche Technik, die soziale Frage, die Ehrenämter erfordern jedoch soziale Kräfte, das es unmöglich ist, sie allein aus dem Kleinbist zu schaffen. Wir wollen die Führer, die natürlichen Führer der Landbevölkerung erhalten.“ Dr. Stöhrer, ein literarischer Mitarbeiter des Bundes der Landwirte, erklärte in einer Veranmlung 1909: Der Großgrundbesitz müßte die Führung haben, denn in ihm vereine sich die politische Klugheit besonders gut. Der bekannte Major v. Ebel erklärte im Landesschlesienkongress: „Meiner Meinung nach sollte kein Politiker hiden, wo es irgend geht, weil wir in der Provinz Polen schon in vielen Kreisen so weit sind, daß wir die kommunalen Verwaltungstellen voll, kaum noch belegen können.“ Der konservative Abgeordnete Graf von der Gröben sagte 1911 im Abgeordnetenhaus: „Ja, es müssen Akademiker in den Kreisamtsstellen sein; darum können die Wünsche, daß das Bauerntum mehr vertreten ist, nicht erfüllt werden.“ Aus diesen und ähnlichen Meinerungen von führenden Persönlichkeiten des Bundes der Landwirte schließt Dr. Schopp mit Recht, welche geringe Meinung die Vertreter des Großgrundbesitzes vom deutschen Bauernstand haben. Diese Tatsache sollte den mittleren und kleineren ländlichen Besitzern die Augen darüber öffnen, wo ihre Freunde nicht zu finden sind.

Neuerdings hat sich eine auffällige Zunahme solcher Verträge bemerkbar gemacht, in denen ein Angeheller nur 1500 Mk. als Gehalt erhält, während seiner Ehefrau weitere Bezüge gewährt werden. In diesen Verträgen von Gläubigern gerichtete solche Verträge von Haus aus weder für schlecht noch als gut angesehen werden, sondern sie sind im Grunde genommen noch als gute Sitten zu werten. In der letzten Zeit sind vom Reichsgericht lediglich solche Verträge als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen worden, in denen der Gesamtbetrag das Maß besser übersteigt, was der Angehelle zum Unterhalt seiner Familie bedarf. Die Reichsjustizverwaltung erachtet die ganze Frage für sehr wichtig und ist deshalb in eine eingehende Prüfung eingetreten.

Aus den Kolonien.

Gouverneur Dr. Schulz über die Eingeborenepolitik auf Samoa.

In der Zulassung des samoanischen Gouvernementsrates wurde die Allii-Sittsfrage und die damit im Zusammenhang stehende Frage der Eingeborenepolitik behandelt. Bekanntlich ist der Titel Allii Sittis als Zeichen eines von der Regierung anerkannten höchsten Fürstlings der Samoaner abgelehnt und statt dessen zwei Hauptlinge zu bloßen Ratgebern in samoanischen Angelegenheiten ernannt worden. Die friedliche Lösung dieser Frage bedeutet zweifellos eine Rechtfertigung der bisher befolgten Eingeborenepolitik der Regierung.

Ueber die Eingeborenepolitik, welche die Regierung in Zukunft auf der bestehenden Grundlage weiterbauend befolgen will, gab im Anschluß an die Besprechung der Allii-Sitts-Frage Gouverneur Dr. Schulz folgende Richtlinien: Die Pflege und Erziehung der eingeborenen Bevölkerung muß eine der Hauptaufgaben des Gouvernements bilden; denn einerseits müssen die Gebote der Humanität erfüllt werden, andererseits werden durch die Arbeit der Eingeborenen wirtschaftliche Werte geschaffen, die im Handel und Wandel des Schutzgebietes und in seinen Finanzen eine bedeutende Rolle spielen. Beide Rücksichten weisen also in dieselbe

Richtung. Das Ziel muß sein: die Eingeborenen zu erhalten und ihre produktive Eigenschaft zu heben. Was nun die Arbeitskraft und die Arbeitsleistung der Eingeborenen anlangt, so ist oft geäußert worden, der Samoaner arbeite deshalb so ungenügend, weil er infolge der vollen Genuß der Früchte seiner Arbeit gelange. Diese Ansicht, die z. B. auch in Neuseeland lange Zeit die dortige Eingeborenepolitik beherrschte und zur Auflösung der Grundeigentumsgemeinschaft geführt hat, glaubt Dr. Schulz als unrichtig erkannt zu haben. Aus einer langjährigen Beobachtung und namentlich auch aus der Vergleichen der Samoaner mit verwandten Rassen hatte er die Ueberzeugung gewonnen, daß der Samoaner in einem individuellen Arbeitsverhältnis erheblich weniger Leistung als in gemeinsamer Arbeit mit seinen Sippen- oder Dorfgemeinschaften. Dies sei das erzieherische Ergebnis der sozialen Organisation, die daher unläufig Schonung verdiene, während die politische Verfassung der Samoaner als faktisch nicht gefördert werden müsse. Auch die soziale Organisation ist in einem natürlichen, durch die Berührung mit der europäischen Kultur nur hervorgerufenen Entwicklungsstadium dem Jerrall ausgesetzt, aber man müsse sich betreiben, diesen Prozeß unläufig zu verlangsamen, mit anderen Worten dahin zu wirken, daß die unabweisliche Individualisierung ohne schädliche Folgen vor sich gehe, daß der Samoaner nicht auf eigene Füße gestellt werde, ehe er nicht gelernt hat, allein zu stehen.

Heer und Flotta.

Die Flottenmanöver bei Helgoland.

Helgoland, 1. September. (Telegramm.) Die Manöver-Flotte ist heute morgen 7½ Uhr in See gegangen. Die Wetter ist warm, die See ruhig.

Hamburg, 1. September. (Telegramm.) Das Marine-tugschiff „L 1“ ist zur Teilnahme an den Flottenmanövern heute morgen 6 Uhr nach Helgoland abgegangen.

Ausland.

Neue blutige Streikunruhen in Dublin.

London, 1. September.

Während der letzten 48 Stunden sind in den Streikramallen von Dublin nicht weniger als 500 Personen, darunter 100 Schulkinder, verwundet worden, die in den Krankenhäusern verbunden werden mußten. Ein Mann ist den Verletzungen erlegen. Gestern nachmittag erwiderte sich der Krampf in so vielen Stadtteilen zu gleicher Zeit, daß die Polizei mehr als 20 000 Mann und 1000 Pferde heranziehen mußte. Die Führer und Schaffner der Straßenbahnwagen hatten diese, vor der wütenden Menge flüchtend, in Stütz gelassen, und die Polizisten erhielten den Befehl, die Wagen in die Depots zu bringen. Aber die Volksmenge überfiel die Schutzleute und trieb sie mit Knippen und Steinen vor sich her. Es wäre der Polizei sehr schmerz ergangen, wenn nicht eine Kompanie Infanterie ergriffen wäre, die mit aufgeschleppten Bajonetten die wütende Menge auseinandertrieb. Am Nachmittag war es bereits zu sehr starken Ausschreitungen gekommen. Die irische Transportarbeiterunion, der die streikenden Straßenbahnarbeiter angehören, hatte vor einigen Tagen eine Massenversammlung angekindigt, die im Freien in der Sad-Willer Street abgehalten werden sollte. Die Polizei verbot diese Versammlung. Aber James Connolly, der Präsident der Union, verböhtete das Volk zu versammeln, indem er das ihm zugestellte Schriftstück öffentlich verbrannte. Die Behörden ordneten die Verhaftung Connolly an. Er war aber nicht aufzufinden, schließlich sah er, daß er sich unter allen Umständen zu der Versammlung in der Sad-Willer Street einfinden werde. Um ihn zu erwarten, hatten sich viele in großer Anzahl erschienen war, was je jedoch völlig nutzlos. Ein heftiger Kampf entspann sich, wobei die Polizei von ihren Knippen Gebrauch machte. Die Arbeiter gebrauchen als Wurfgeschosse besonders Steine und zerbrochene Flaschen. Auf allen Seiten floß das Blut, wodurch die Mut der Arbeiter noch erhöht wurde. Frauen und Kinder schleppeten noch weitere Wurfgeschosse heran. Verhaftete

Läden wurden geplündert.

Als die Straßenplatz in vollem Gange war, fuhr eine Drochse vor dem in der Sad-Willer Street gelegenen Hotel vor. Dem Wagen entstieg ein alter, würdiger Herr, begleitet von einer jungen Dame. Beide gingen in das Hotel, wo schon zwei Zimmer für sie reserviert waren. Die beiden gingen in das Hotelzimmer, dessen Fenster mit einem Balken auf die Sad-Willer Street verriegelt ist. Von diesem Balkon begann der Angriff der Menge anzubringen. Man hatte er einige Worte gehört, als die Missethäteren ihn nach der Verlesung als den Arbeiterführer Larkin erkannten. Seine Begleiterin war eine junge, bekannte Schauspielerin. Die Streikenden brachen in kürzlichen Beifall aus. Jetzt erhielt eine Abteilung von 20 Polizisten den Befehl, durch die Menge in das Hotel durchzubrechen, um Larkin festzunehmen. Dies gelang endlich. Auf der Straße suchte die Volksmenge den Arbeiterführer zu befreien. Ein Automobil, worin der Graf und die Gräfin Markowicz saßen, ludte sich dem Verhafteten zu nähern in der Absicht, ihn zu entführen. Die Gräfin Markowicz ist eine Zsänderin und eine jantische Frauenzeilerin. Die Schutzleute bemächtigten sich des Automobils. Die Menge wagte dann einen Sturmangriff, um die Gräfin zu befreien, und die Schutzleute gerieten in höchste Not; doch gelang es einer starken Abteilung der irischen Gendarmerie schließlich, die Massen zu zerstreuen.

Die Weishe des Kaiserlichen Oberkonsuln.

(Meldung unseres o. Korrespondenten.) Leipzig, 1. Sept. (Telegr.) Gestern wurde der von der Stadt zur Erinnerung an die Zusammenkunft der drei verbündeten Monarchen nach der Schlacht bei Ruim errichtete Gedenkstein in Anwesenheit des Erzbischofs Carl Franz Josef, welcher den Kaiser vertrat, des Generalobersten v. Keitel, preussischer Offiziersdeputationen und anderer Festgäste enthüllt. Nach einem Festgottesdienst am Fuße des Gedenksteins hielt Bürgermeister Huslat am Gedenkstein die Festrede, der Erzbischof dankte mit einer kurzen Ansprache und beschloß nach einem Vorbeimarsch der Retenarenmerkmale mit den anderen Festgästen die historische Ausstellung „Leipzig nach 100 Jahren“ im Stadtmuseum. Am Nachmittag fand ein historischer Festzug, welcher den Einzug der verbündeten

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.

Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Sasle-Ztg.“)

9 Uhr 10 Minuten. Kredit 202, Diskonto 185,50, Deutsche Bank 249, Türkenloose 165, Lombarden 28,25, Kanada 224, Laurahütte 167,50, Bochumer Guss 221,75, Gelsenkirchen 184, Harpener 190,25, Deutscher Löhner 148,50, Phoenix 289,50, A. E. G. 241,25, Hamburger Paketfahrt 142,25, Nordl. Lloyd 121,25, Deutsche Berliner Strassenbahn 164,75, Hansa 313,25, Tendenz: Fest.
Am Kassamarkt notierten h. h. e. r. Julius Berger 3, Grosse Erdöl-Ges. 6, Zellstoffverein 2,75, Brenner Vulkan 3, Dörkopp 4, do. Junge 7, Ecestorff Maschinen 4, Flensburger Schiffbau 4, Malmédo 2,50, Vereinte Nickelwerke 2,50, Vogtländ. Maschinen 6, Deutsche Gaselöhnt 7, Karl Lindström 3, Rosenthal Porzellan 4, Riedel 4,75, A. H. für Kohlenstillation 9,25, Eisenwerk Kraft 4, Glückauf Bergwerk 4, Ise Bergbau 4,50, Leonhard Braunkohle 3,25, Flöha Löhnt 4,50, Löwe & Co. 3, niedriger: Akt-Ges. für Verkehrsverke 3, Rositzer Zucker 3, Luther 2,75, Terrain Nordost 4, Arnsdorfer Papier 7, Kronprinz Metall 3, Kruschwitz Zucker 5, Troitzsch 8, Köln-Rottweil Pulver 3, Stettiner Chamotte 5,50, Höchster Farben 2,50, Anhalter Kohlen 3, Westersch 2,50, Oelbäckerei Gr.-Gerau 3, Luther Masch. 3, Sachs.-Thüring. Zement 3,25, Max Jüdel 2,50.

Zum Kurszettel. Berlin, 1. Septbr. 4% Badische Staats-Anleihe 98,000 kg. 18 98,00G. 4% Bayerische Staats-Anl. 97,70 G. 4% Bayerische Staats-Anleihe 98.000 kg. 1918 97,70 G. 4% Schwere-berg-Sonderanleihe 98,000 kg. 1918 97,70 G. 4% Kaiserlich-Osterr. Anleihe 1900 97,08 98,10G. 4% Jänner Stadt-Anl. 1900 97,08 98,10G. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 100,19 100,19G. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1908 100,19 100,19G. 4% Thüring. Anleihe 1908 100,19 100,19G. 4% Hessische Komm.-Ob. X. XII 98,20 G. 3 1/2% Oesterr.ische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. 98,20 G. 4% Deutsche Solway-Werke 98,20 G. 4% Elberfelder Farben 98,20 G. 4% Falten & Gullema-Lohnver 98,20 G. 100,19 G. Vereinte Luisenbr. Glas-waren 37,400G.

Der Kalk-Kuxenmarkt.

Berlin, den 1. September.

	Kauf.	Verk.	Kauf.	Verk.
Alexanderhall.	8000	8200	1880	1960
Bergmannshagen.	4000	—	2800	3000
Bersdorf.	—	—	1800	1900
Burbaach.	8500	8800	6050	6300
Butlar.	—	—	95%	95%
Caufmann.	4100	4000	1550	1600
Carlsgrün.	275	—	—	—
Gallersleben.	850	860	2500	2550
Gelsenberg.	1830	1850	10620	11200
Höchst.	1850	1850	460	500
Guthersberg.	3800	3900	—	—
Hansa-Silberberg.	4800	4500	66%	67%
Hedwig.	480	—	2180	2280
Hellgraben.	—	—	208%	208%
Hellgraben.	8800	8650	60%	60%
Heldburg.	37%	34%	600	635
Hilber.	—	—	—	—
Hirtz-Neunung.	625	675	—	—
Hohenfels.	5060	5100	1880	1900
Hugo.	7800	7700	18200	19000

Vom internationalen Zuckermarkt.

Die Preisbewegung in den Zuckermärkten hat während der Berichtswache Ware der alten Ernte heraufgesetzt. Ware der neuen Ernte ist ebenfalls für alle Ernte bestand fortlaufend Deckungsbedürfnis, sowohl in England, die englischen Aufguck-Deckungen sind teilweise auf die für Kanada vorgenommenen Erwerbungen zurückzuführen, ebenso aber auch auf die gute Kaufkraft der englischen Raffinerien, die zu nahhaften Umsätzen führte. Nach den neuesten Berichten sind rund 130 000 Zentner Zucker erneut nach Kanada geschickt worden, ein Umstand, der naturgemäß die befestigend auf den Markt wirken musste. Hinzu kamen die weiteren Verkäufe von cubanischer Rohrzucker nach den Vereinigten Staaten von Amerika, und zwar die Posten, die anfangs für England bestimmt gewesen waren; es handelt sich dabei in ganzen um rund 1 1/2 Millionen Zentner. Für diesen Ausfall, den die Versorgung Englands durchsetzen wird, sind Ersatz geschaffen worden. Neben der Beteiligung des wirklichen Bedarfs wirkte auch die Notwendigkeit von Eindeckungen der durch Tispekulation eingezankenen Engagements preissteigernd. Neue Ernte wurde vor allem durch die sehr günstige Rübenwitterung beeinflusst. Vorgelegt wird die Zuckergabe der Rüben haben im Berichtsbereich kräftig ansetzen erfahren. Trotzdem aber sind die Preise für neue Ernte für den Moment keineswegs besonders umfangreich; denn abgesehen davon, dass der Wertstand an sich doch immerhin ein recht niedriger ist, sprach die Erhöhung der alten Ernte. Sollte die günstige Witterung anhalten, so könnte wohl ein weiterer Preisrückgang für neue Ernte eintreten, der aber sicherlich keinen besonders grossen Umfang mehr annehmen kann.

Die Statistik zeigt folgende Veränderungen: Der Hamburger Lagerbestand hat wiederum eine sehr grosse Abnahme erfahren; er verminderte sich um 110 000 Sack (gegen 14 400 Sack Abnahme in der entsprechenden Woche des Vorjahres) und beläuft sich nunmehr auf noch 564 400 (Vorjahr 734 200) Sack. — 10 000 Sack wurde mit der Bestimmung nach Amerika verfrachtet. — Englands Vorräte erfuhren Zunahme um 1900 (Vorjahr Abnahme um 54 200) dz. und belaufen sich nunmehr auf rund 1 312 200 (Vorjahr 879 100) dz. — Die Stocks in der amerikanischen Union jetzt noch auf 203 000 (Vorjahr 14 000) Tons. — Cubas Vorräte verminderten sich um 52 000 (Vorjahr 13 000) Tons und erreichten jetzt noch die Höhe von 205 000 (Vorjahr 171 000) Tons. Die sich absehbar Weltvorräte stellen sich nach rechnerischer Abnahme um 99 900 (Vorjahr 38 100) Tons auf rund 1 931 700 gegen 1 477 800 Tons zu der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Am Kornzuckermarkt fielen die offiziellen Preisnotierungen aus Mangel an Umsätzen aus. Zuletzt wurden für Erstprodukte 9,25—9,30 Mk. für den Zentner, also um 12 1/2 Pf. weniger als in der Vorwoche. Das Angebot blieb übrigens sehr geringfügig, so dass der notierte Preis mehr nominell gilt. Nacherzeugnisse blieben ungetandelt. In Ware neuer Ernte zur Lieferung führte das günstige Rübenwetter umfangreiches Angebot an den Markt, das hauptsächlich von den deutschen Raffinerien, zum Teil aber auch vom Exportland aufgenommen wurde. Die Preise können durchschnittlich ungefähr 10 Pf. pro Zentner niedriger angenommen werden als in der Vorwoche. — Am Terminmarkt wurde alte Ernte nach mehreren Schwankungen im Resultat um 3/25—5/31 Pf. pro Zentner gehoben, während neue Ernte einen Werteverlust von 1/25—1/31 Pf. pro Zentner erfuhr. — Am Raffinademarkt wurden offiziellen Preisnotierungen aus. Der geringfügige Bedarf wurde durch die billigeren Preise Raffinerien anbietende zweite Hand gedeckt. Die Abfordernungen auf alte Schlüsse waren unregelmäßig und blieben hinter den Erwartungen zurück. Das Exportgeschäft nach England be-

schänkte sich auf wenige Umsätze, trotz lebhafter englischer Nachfrage, der aber die deutschen Raffinerien nicht immer entsprechen wollten oder konnten.

Zur Lage des Geldmarktes.

Die Berliner Handelsgesellschaft äussert sich in ihrem Wochenbericht über die Lage des Geldmarktes folgendermassen: Der Geldmarkt stellt sich augenblicklich in einer recht günstigen Verfassung dar, wozu mehrere Umstände beigetragen haben. Die sich immer stärker ausprägende politische Beruhigung veranlasst viele Kapitalisten, die aufgeschickten Gelder wieder an den Markt zu bringen; durch den schwächeren Geschäftsgang in der Industrie werden geringere Beträge für Neuanlagen erforderlich, und die in der Zeit der Hochkonjunktur in Anspruch genommene Kredite haben eine Verminderung erfahren. Der flüssige Geldstand in Frankreich und England hat zur Folge gehabt, dass aus diesen Ländern vielfach Geldangebote für längere Fristen hergelangen, die teilweise zu löhrenden Abschüssen geführt haben. Man darf annehmen, dass infolge dieser Zuflüsse die günstige Gestaltung des hiesigen Geldmarktes anhalten wird, bis die für den September zu erwartenden Ansprüche aus der Erntebewegung sich geltend machen werden. Für den Vierteljahreswechsel wird man mit etwas höheren Sätzen zu rechnen haben, aber für die Börse und den Handel dürfte das Geld ziemlich reichlich vorhanden sein.

Preishöhung für Zinkbleche. Die rheinisch-westfälische Zinkblechhändlervereinigung hat die Preise für Zinkbleche um 1 Mk. pro 100 kg erhöht; sie stellen sich für Ladungen westlich der Rheinlinie auf 50,70 Mk. und östlich der Rheinlinie auf 51,20 Mark. Im Kleinvorverkauf stellt sich der Preis westlich auf 55,55 und östlich auf 57 Mk. Die Preise verstehen sich per Kasse nach 30 Tagen.

Zu den Schwierigkeiten am Leipziger Rauchwarenmarkt wird der „Voss. Ztg.“ von dort geschrieben: Die Insolvenz Schulz-Singer wie auch diejenige der Berliner Firma August Blumenthal & Co. stehen in Zusammenhang mit den vorausgegangenen Konkursen der Firmen Gehring und Lentz. Schulz-Singer, der zugleich Geschäftsführer einer alten namhaften Leipziger Rauchwarenfirma war, hat Gehring Gefälligkeitsakzept gegeben. Die gedachten Giroverbindlichkeiten sollen ca. 300 000 Mk. betragen. Schulz-Singer hat wohl in Ansehung der verworrenen Position erheblichen Kredit gewonnen. Seine Firma selbst hat mit der Schadenangelegenheit nichts zu tun. In Schulz-Singers und in der Insolvenz Schulz-Singer, die dem Leipziger Geschäftskreis nicht unbekannt ist, sind überaus viele Konkursen gekommen. Die jüngst abgehaltene Gläubigerversammlung hat eine Kommission beauftragt, die Sachlage zu prüfen. Man glaubt, dass Schulz-Singer danach einen Konkursversuch von etwa 60 Prozent machen wird. Auch der Inhaber der Firma Blumenthal ist mit Gehring Wechselverbindlichkeiten eingegangen, die in der Hauptsache seine Zahlungsunfähigkeit veranlasst haben. Die Warendurchsicht der Firma Blumenthal sollen nur etwa 300 000 Mk. betragen. Es war vorauszusetzen, dass die Affäre Schulz-Singer noch andere Firmen in Mitschuldenschaft ziehen würde; u. a. ist eine alte namhafte Leipziger Firma betroffen. Es sind aber Schritte eingeleitet, diese Firma zu stützen.

Die Bergwerksgesellschaft Hermann erzielte im ersten Halbjahr 1913 eine Förderung von 295 182 (23 284) t 524 307 (317 843) Mk. Reinerüberschuss gegenwärtig beträgt die Tagesförderung 1450 t. Im Oktober soll eine neue Koksofenanlage in Betrieb kommen.

Nordhausen-Werrigeröder Eisenbahngesellschaft. Die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr der Gesellschaft betragen in der jüngsten Berichtsperiode 621 908 (646 058) Mk. Im Güüter- und Transportverkehr wurden 295 182 (232 577) Mk. Ver-einnahmt. Ausgabeposten stellen sich insgesamt auf 774 077 (616 894) Mark, so dass ein Reinergebnis von 119 259 (118 980) Mk. verbleibt. Es wird vorgeschlagen, auf die Stammaktien Lit. A eine Dividende von wieder 3/4 Proz. zu verteilen. Eine Erhöhung der Dividende musste infolge der gesteigerten Betriebsausgaben unterbleiben. Für die Stammaktien Lit. B tritt erneut die Stütze Garantie von 3/4 Proz. ein.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 1. Septbr. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 194,00—198,00 ab Bahn u. frei Mühle. Roggen loco 181,00 — ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer u. s. w., preussischer, pommerscher und schlesischer Fein- 176,190, mittel 176,175, gering 176,175, russischer und Donau mittel —, gering —, ab Bahn und frei Wagen. Mais, welscher Natal —, amerik. mixed 166,00—170,00, runder 149 162 frei Wagen. Gerste, inländ Putzgerste, mittel und gering 159—165, gute 166,00—174,00 russische und Donau leichte 143—146, amerikanische — — ab Bahn und frei Wagen. Rüböl, inländische, a. ausländische Futterware mittel 64—71, Tabakberiber 177—200 ab Bahn u. frei Wagen, Weizenmehl 10 24,25—26,25, Roggenmehl 0 1 20,10—22,50, Weizenkeime 10,25—10,75, Roggenkeime 10,50—11,00, Lupulin, blau —, gelb —, Wickel —, —, Seradella 11 — M.
Hamburg, 1. Septbr. (Getreidemarkt). Weizen ruhig ostholsteiner und mecklenburger, 195—198,00. Roggen stetig mecklenburger u. altmärk. neuer 163—167, russ. dt. Pud 10 1/2 Aug. 118,50. Gerste ruhig südruss. dt. Aug. 112—15. Hafer matt, neuer holsteiner und mecklenburger 170—185. Mais, fest, amerik. korn. mixed dt. per Aug.-Sept. —, La Plata, dt. neue Ernte August-September 113,50.
Liverpool, 1. Sept. Ruhig. Rotor Winterweizen per Okt. 7—1 per Dez. 7—6 1/2. Mais stetig. La Plata Okt. 5—6, hant. amerik. Novbr. 5—4 1/2.
Budapest, 1. Septbr. Weizen, Tendenz ruhig, per Okt. 11,38. April 11,84 Roggen, Tendenz ruhig, per Okt. 9,87. April 9,08. Hafer, Tendenz ruhig, Okt. 8,10. April 8,42. Mais, Tend. ruhig September 8,25. April 7,42.
Antwerpen, 1. Sept. Deutscher La Plata, Kontrakt Septbr. 8,17 1/2, Okt. 6,17 1/2, per Novbr. 6,10, Dezember 6,07 1/2, Januar 6,02 1/2. Umsatz 70 000 kg. Tendenz: stetig.

Zucker.

Magdeburg, 1. Septbr. Abend-Kurse, September 9,50, Oktober 9,22 1/2, Oktober-Dezbr. 9,22 1/2, Jan.-März 9,85. Mai 9,52 1/2, August 9,70. Tendenz ruhig.
Hamburg, 1. Septbr. Rübenroh Zucker, 1. Prod., Basis 88%, Rendement neue Unsa, frei an Bord Hamburg
per September vorm. nachm. abends
per Oktober . . . 9,27 1/2 . . . 9,25 . . . 9,27 1/2 M.
per Okt.-Dezember . . . 9,27 1/2 . . . 9,25 . . . 9,20
per Jan.-März . . . 9,38 . . . 9,35 . . . 9,32 1/2
per Mai . . . 9,55 . . . 9,55 . . . 9,52 1/2
per August . . . 9,70 . . . 9,72 1/2 . . . 9,70
matt ruhig matt

Kaffee.

Hamburg, 1. Septbr. Gode average Santos
per September . . . 46,25 G. nachmittags abends
per Dezember . . . 48,00 G. 47,75 G.
per März . . . 48,75 G. 48,50 G.
per Mai . . . 48,75 G. 48,75 G.
ruhig behpt. ruhig
Havre, 1. Septbr. Kaffee gode average Santos per Sept. 60,00, per Dez. 60,00, per März 60,50, Mai 60,50. Statig.

Rio de Janeiro, 1. Septbr. Kaffee-Zufuhren 19000 Sack in Rio, 76000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 1. Septbr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 24,00—24,50. Ruhig.

Eier.

Berlin, 1. Sept. Eier pro Schock: Vollfr. ausländ. Sorten 4,30—4,45, eidrusse, erste Sorten 4,10—4,25 Mk. in- und ausländ. Sorten 4,00—4,15, in- und ausländische geringere Sorten 3,85—4,00, Kalkteier —, kleine Eier 3,40—3,70. Kühlhausler — — — Tendenz: Ruhiger.

Speiseöl.

Nordhausen, 1. Sept. Brantwain 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 80,75—81,75 Mk., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 101 l) 81,50—82,50 Mk. per loko 19 19 ohne Fass ab Brenner.

Fettwaren und Öle.

Köln, 1. Septbr. Rüböl per loko 71,00 per Okt. 70,00.
Hamburg, 1. Sept. Städtchemie 65,50, amerikan. Steam 66,50 Chamberlain 59,00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 1. Sept. Chlorsäure per loko 10,80, Febr.-März 10,70, frei Fabrikweg Hamburg. Tendenz: ruhig.

Heute Strich usw.

Halle 1. Sept. Berlin über Heu und Stroh, mitgeteilt von Otto Westphal. Preise für 50 kg und zwar bei Partien frei Bahn, bei einzelnen Fuhrn frei Hof hier. Die Partienpreise sind fett, die Fuhrpreise sind in Klammern gesetzt. Roggen-Langstroh (Händr.) 2,00 (2,30). Maschinestroh für Papierfabr. 1,05. Weizenstroh 1,00 zu Strohwecken 1,30 (1,50). Brei- und Heu 1,00. Wiesenheu 1,00. Heu 1,00. Kleehau, erster Schnitt, beste Sorten 8,50 (3,75), minderwertige Sorten — — — Torfstreu, in 200 Ztr.-Lad. frei Bahn hier 1,10, in einzelnen Partien vom Lager hier 1,60. Häcksel, gesund u. trocken, bei Partien frei Bahn hier 1,65, in einzelnen v. Lago hier 2,20 Mk.

Wolle.

Bremen, 1. Septbr. Baumwolle Upl. loka middl. 65,55.
Liverpool, 1. Sept. Aegypt. Baumwolle pro Novbr. 9,64.
Liverpool, 1. Septbr. Baumwolle, Umsatz 4 000 Ballen. Import 1000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 1000 Ballen.
Alexandria, 1. Septbr. Aegyptische Baumwolle pro Nov. 16,17, Jan. 18,17, März 18,19.

Schiffsnachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Nordamerika: Armenia 28. Aug. abends Dover passiert. Amerika meldet drahtlos, am 29. Aug. morgens in Cherbourg und 3 Uhr nachts in Southampton zu sein. — Westindien, Mexiko: Frankenthal 28. Aug. in Havana. Grunewald 28. Aug. in Pto. Mexico. Steyerwald 28. Aug. von Vigo. — Südamerika, Westküste Amerikas: Dortmund 27. Aug. in Rosario. König Friedrich August 28. Aug. von Buenos Aires, heimkehrend. König Wilhelm II. 28. Aug. von Boulogne. Pontas 28. Aug. von Buenos Aires nach Blanca. Oesterr. Belgravia 27. Aug. von Kobe nach Yokohama. Scandia 27. Aug. von Kobe nach Yokohama. Sachsen 28. Aug. von Yokohama nach Kobe. Spezia 28. Aug. von Kobe nach Moit. Südmart 28. Aug. von Suez nach Perim. Aragonia 29. Aug. von Singapore. — Verschiedene Fahrten: Ekbatana 28. Aug. in Antwerpen. Meteor 28. Aug. 7 Uhr 30 Min. morgens in Bergen. Nicaragua 28. Aug. von Basra. Windmüt 28. Aug. von Port Said.

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgasse, Poststrasse.)
Dampfer-Expeditoren in der Zeit vom 30. Aug. bis 6. Sept. 1913: Ab Bremerhaven: Kaiser Wilhelm der Grosse 2. Sept. nach New York über Southampton-Cherbourg. Wittekind 3. Sept. nach Galveston über Philadelphia. Kleist 3. Sept. nach Ostasien. Ganelon 3. Sept. nach Australien. Königin Luise 4. Sept. nach New York über Boulogne. König Albert 5. Sept. nach Baltimore über New York. Friedrich der Grosse 6. Sept. nach New York über Boulogne. Gotha 6. Sept. nach Brasilien. — Ab New York: Kronprinz Wilhelm 2. Sept. nach Bremen über Plymouth und Cherbourg. — Ab Baltimore: Rhein 3. Sept. nach Bremen. — Ab Sydney: Zieten 3. Sept. nach Bremen über Suez-Port Said. — Ab Marseille: Prinz Heinrich 3. Sept. nach Alexandria über Neapel. — Ab Montreal: Willhad 4. Sept. nach Bremen. — Ab New York: George Washington 6. Sept. nach Bremen über Plymouth und Cherbourg. Barbarossa 6. Sept. nach Genua über Neapel. — Ab Yokohama: Lütow 6. Sept. nach Bremen über Suez-Port Said. — Ab Hongkong: Prinz Waldemar 6. Sept. über Neu-Guinea.

Neueste Dampferbewegungen:

Kronprinzessin Cecilie 27. Aug. von Cherbourg. Grosset Kurfirst 28. Aug. von Bremerhaven. Necker 29. Aug. von Bremerhaven. Rhein 28. Aug. in Baltimore. Aachen 27. Aug. von Antwerpen. Nordeyer 27. Aug. Fernando Naronha passiert. Sierra Cordoba 28. Aug. in Montevideo. Sierra Salvada 27. Aug. von Funchal. Goeben 28. Aug. in Colombo. Scharnhorst 28. Aug. in Antwerpen. Pommer 29. Aug. in Brisbane. Greifswald 27. Aug. von Sydney. Posten 28. Aug. in Antwerpen. Derfflinger 26. Aug. in Tsingtau. Prinz Ludwig 29. Aug. in Singapore. Dillwinger 29. Aug. von Southampton. Prinzess Irene 28. Aug. von Neapel. Barbarossa 28. Aug. in New York. Friedrich der Grosse 29. Aug. Dover passiert. Bremen 28. Aug. von New York. Königin Luise 3. Aug. in Bremerhaven. Eisenach 28. Aug. von Santos. Kleist 27. Aug. in Bremerhaven. Westfalen 28. Aug. in Durban. Ganelon 28. Aug. in Bremen. Yorck 29. Aug. in Suez. Bülow 29. Aug. in Shanghai. Prinz Eitel Friedrich 29. Aug. in Antwerpen. Prinzess Alice 28. Aug. von Penang. Prinz Waldemar 27. Aug. in Yokohama. Manila 29. Aug. von Batavia.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Stelle und Umstau.	Fall/Woch.
Aixant	—
Nebra, Oberpegel	+ 2,28
Unterpegel	+ 1,58
Weissenfels, Oberpegel	+ 2,16
Unterpegel	+ 1,46
Trotha	+ 1,38
Alleben, Oberpegel	+ 2,37
Unterpegel	+ 1,67
Berburg	+ 1,08
Kalle, Oberpegel	+ 1,50
Unterpegel	+ 0,10

Stelle	Fall/Woch.
Jungbunzl.	+ 1,00
Lahn	+ 1,47
Werra	+ 1,14
Prag	+ 1,41
Paradeis	+ 1,37
Brandeb.	+ 1,07
Wienau	+ 1,21
Meimritzer.	+ 1,50
Aussig	+ 1,85
Preßlau	+ 1,80
Roggen	+ 1,81

Aussig, 1. Septbr. Pegelstand +0,15 M. Vom Oberlauf werden 0,36 Fall gemeldet.

